

...

Das Leid aus dem Schatten holen

Historikertagung zum Stalag 326 – »zu nationaler Gedenkstätte aufwerten«

Von Bernd Bexte

Bielefeld (WB). 300.000 Kriegsgefangene, vor allem sowjetische Soldaten, waren hier während des Zweiten Weltkriegs eingesperrt. Bis zu 60.000 kamen ums Leben. Die meisten verhungerten. Die Dokumentationsstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock erinnert an das dortige Lager, das größte der Wehrmacht für sowjetische Kriegsgefangene im Gebiet des damaligen Deutschen Reichs. Doch vieles liegt noch im Verborgenen. Deshalb soll der Erinnerungsort zu einer nationalen Gedenkstätte aufgewertet werden. Diese Idee hatte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Besuch 2015 in die Diskussion gebracht. Auf politischer Ebene macht sich vor allem Landtagspräsident André Kuper (CDU), einst Bürgermeister von Rietberg, für die Umsetzung stark.



Seit Freitag und noch an diesem Samstag rückt ein wissenschaftliches Symposium an der Uni Bielefeld das Schicksal der Kriegsgefangenen in den Mittelpunkt. In der Thematik führende Historiker erläutern den internationalen Forschungsstand zur »makabren Behandlung der Gefangenen durch die Wehrmacht und andere Instanzen des NS-Regimes«, wie Prof. Dr. Thomas Welskopp, Historiker an der Uni Bielefeld und Leiter des Symposiums, zur Eröffnung erklärte. Dabei geht es nicht nur um das Lager in Stukenbrock. Die etwa 50 Teilnehmer richten ihren Blick auf das vielfach noch unbeachtete Schicksal sämtlicher Kriegsgefangener der Roten Armee im Nazi-Reich. Schließlich stellten sie mit 5,3 Millionen die zweitgrößte Opfergruppe des zweiten Weltkrieges. Historiker Andreas Hilger (Hamburg) erläuterte, dass ein von ihm geleitetes deutsch-russisches Projekt am Deutschen Historischen Institut Moskau sich auch deutscher Gefangener und Internierter widme.

Landtagspräsident Kuper erklärte, warum er das Leiden der Gefangenen von Stukenbrock in den Fokus gerückt sehen will: Bislang habe diese Opfergruppe eine nachgeordnete Rolle in der Erinnerung eingenommen. »Gründe dafür waren die Prägungen der Nachkriegszeit: der kalte Krieg und die vielfach nachwirkende NS-Propaganda vom »slawischen Untermenschen«.« Auch Übergriffe von Rotarmisten auf die deutsche Zivilbevölkerung hätten das Bild geprägt. Dabei gehe es immer um individuelle Schicksale. »Beim Gedenken darf es keine Klassifizierung der Opfer geben.« Der Landtag unterstütze parteiübergreifend die Initiative zur Aufwertung der Gedenkstätte.
